

schaftsentwicklung in einigen Regionen beeinträchtigt, insbesondere seien davon die südöstlichen Küstenprovinzen betroffen gewesen.

Nach Angaben von Xiao Yang wurden 1993 rd. 150.000 Verbrecherbanden zerschlagen, die eine Mitgliederzahl von ca. 570.000 Personen aufgewiesen hätten, ein Anstieg um 24% gegenüber dem Jahr 1992. Eine Reihe dieser Banden hätten die [Organisations]merkmale von Triaden aufgewiesen. Sollte es China nicht gelingen, das organisierte Verbrechen erfolgreich zu bekämpfen, könnten sich diese Banden zu größeren kriminellen Organisationen entwickeln, die versuchen würden, auch in rechtmäßige Gewerbe und Branchen einzudringen.

Der chinesische Justizminister wies auf der Konferenz auf das harte Durchgreifen der Regierung gegenüber dem organisierten Verbrechen hin und forderte eine engere internationale Zusammenarbeit. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 21.11.94, nach SWB, 23.11.94)

Daß in einigen Regionen das organisierte Verbrechen bereits als tatsächliche Bedrohung angesehen wird, zeigt das Beispiel der Sonderwirtschaftszone Shenzhen. Nach Einschätzung des dortigen Direktors des Amtes für Öffentliche Sicherheit, He Jinghuan, hätten die Aktivitäten der "Triaden" trotz aller Bemühungen der Behörden erheblich zugenommen. He Jinghuan wies darauf hin, daß die Triaden als lokale Untergrundgesellschaften Strukturen vergleichbar mit den örtlichen Regierungsorganisationen der untersten Ebene bildeten. Würden diese Organisationen nicht zerschlagen, müßte mit schwerwiegenden Folgen gerechnet werden.

He Jinghuan zufolge hätte das organisierte Verbrechen neue Mitglieder rekrutieren können, und einzelne Banden bekämpften sich, um ihre Einflusssphären auszuweiten. Zu den häufigsten Straftaten dieser Gruppen zählten u.a. Mord, Raub, Entführung, Erpressung, Waffen- und Drogenschmuggel und Prostitution, denen sowohl inländische als auch ausländische Geschäftsleute zum Opfer gefallen wären. Für He Jinghuan stellen die Triaden nicht nur eine große Gefahr für die öffentliche Ordnung dar, sondern ihre Existenz erweise sich als Katalysator

für andere kriminelle Aktivitäten. (Zhongguo Xinwen She, Beijing, in English, 10.10.94, nach SWB, 1.11.94)

Der Minister für Öffentliche Sicherheit, Tao Siju, nahm Mitte November d.J. in einem Interview auch zu der Frage des organisierten Verbrechens Stellung. Seiner Einschätzung nach gibt es in China noch keine Unterweltorganisation vergleichbar mit der italienischen Mafia oder der japanischen Yakuza. Dies seien professionelle und gut organisierte Verbrecherorganisationen, die einen Teil des gesellschaftlichen Lebens in dem jeweiligen Land kontrollieren würden. Die chinesische Regierung erlaube solchen Unterweltorganisationen nicht, Verbrechen zu begehen und die Bevölkerung zu unterdrücken. Allerdings ginge der größere Teil der besonders schweren Verbrechen auf das Konto von Banden bzw. sei organisiertes Verbrechen. Der Umfang dieser Bandenkriminalität habe zugenommen und stelle eine größere Bedrohung als in der Vergangenheit dar.

Auf die Frage, inwieweit die öffentliche Ordnung durch die zunehmende Kriminalität gefährdet sei, verwies Tao Siju auf eine Untersuchung von Ende 1993. Das Ergebnis dieser in 1.758 Kreisen von 18 Provinzen und autonomen Gebieten durchgeführten Untersuchung zeige, daß die öffentliche Ordnung in 67,2% dieser Gebiete als gut, in 28,8% der Gebiete als einigermaßen gut und in nur 4% der Gebiete als schlecht bezeichnet werden könne. Im allgemeinen gesehen sei also die öffentliche Ordnung landesweit stabil und gut. (Guangjiao Jing, Hong Kong, in Chinese, 16.11.94, nach SWB, 25.11.94) -schü-

---



---

## Kultur und Gesellschaft

---



---

\*(12)

### Rolle der Hochschulforschung

Von der Reformpolitik seit Beginn der achtziger Jahre sind auch die Wissenschafts- und Technologiepolitik nicht unberührt geblieben. Auf diesem Gebiet hat sich ein grundlegender Wandel vollzogen mit dem Ergebnis, daß heute die wissenschaftlich-technische For-

schung an den Hochschulen eine ungleich größere Rolle spielt als früher. Nach Gründung der Volksrepublik übernahm China das sowjetische Wissenschaftssystem, das den Schwerpunkt der Forschung an die Akademien verlegte und den Universitäten und Hochschulen in erster Linie den Auftrag zur Ausbildung wissenschaftlichen Nachwuchses zuwies. In welchem Maße sich diese Situation verändert hat, legt ein kürzlich in der *Volkszeitung* erschiener Artikel dar (vgl. RMRB, 23.11.94). In den fünfziger Jahren, so heißt es dort, habe die Hochschulforschung nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Insgesamt hätten sich an den Hochschulen etwa 50-60.000 Personen mit wissenschaftlich-technischer Forschung befaßt. Ihre Arbeit habe sich allerdings im wesentlichen auf die Labore beschränkt und keinen nachhaltigen Einfluß auf die Volkswirtschaft ausgeübt. Demgegenüber hat sich heute das Heer derjenigen, die an den Hochschulen wissenschaftlich-technische Forschung betreiben, mehr als verzehnfacht. Dem Verfasser des Artikels zufolge betrug die Zahl der Hochschulforscher Ende 1993 gut 628.000. Darunter hätten Naturwissenschaftler und Ingenieure einen Anteil von 85,7 Prozent. Diese nähmen heute eine strategische Position hinsichtlich Volkswirtschaft, Bildung und anderen Gebieten ein, die aufgrund ihres Potentials und ihrer zahlenmäßigen Stärke immer wichtiger würde. Der Verfasser befaßt sich unter drei Aspekten mit dem inzwischen unverzichtbar gewordenen Beitrag der Hochschulforschung, die im folgenden kurz wiedergegeben werden sollen.

### 1. Grundlagenforschung:

Die Hochschulforschung ist zu einem Grundpfeiler der Grundlagenforschung geworden. Durch Umstrukturierung und personalpolitische Maßnahmen hat man jetzt noch etwa 20.000 Personen in der Grundlagenforschung behalten. Fast die Hälfte von ihnen sind Wissenschaftler, die entweder in China promoviert worden sind und den Magister gemacht haben oder die aus dem Ausland zurückgekehrt sind, d.h. sie sind gut ausgebildet und bilden eine Art Elite. Sie widmen sich sowohl der Ausbildung als auch der Grundlagenforschung. Derzeit arbeiten sie an fast 10.000 Aufgaben der Grundlagenforschung. Seit 1991 halten die Hochschulen an der Gesamtzahl

der Projekte der Staatlichen naturwissenschaftlichen Stiftung (sie ist für die Finanzierung der Grundlagenforschung zuständig) einen Anteil von 70 Prozent; davon sind 49 Prozent Schwerpunktprojekte und 37 Prozent wichtige Projekte. Von den Projekten der Staatlichen naturwissenschaftlichen Jugendstiftung entfallen ebenfalls 76 Prozent auf die Hochschulen. Außerdem übernehmen die Hochschulen eine Vielzahl von Projekten der Grundlagenforschung, die von seiten der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technologie und Lokalregierungen finanziert werden, sowie 40 Prozent der Aufgaben im Rahmen des sog. "Gipfelerklimmungsplans" (für Schlüsselprojekte der Grundlagenforschung - vgl. dazu C.a., 1993/2, Ü 12). Darüber hinaus führen sie eine ganze Reihe eigener Projekte durch. Im Jahre 1993 standen für die Grundlagenforschung an den Hochschulen des ganzen Landes insgesamt 300 Millionen Yuan zur Verfügung.

Was ihre Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Grundlagenforschung betrifft, so hatten die Hochschulen allein auf internationalen Konferenzen im In- und Ausland etwa 10.000 Konferenzbeiträge zu verzeichnen; bei der sechsten nationalen Auszeichnung in den Naturwissenschaften erzielten die Hochschulen 26 Preise, das waren 50 Prozent. Auf einigen Spezialgebieten, wie z.B. Biologie und Festkörperphysik, hält die Grundlagenforschung an den Hochschulen fortgeschrittenen Weltstandard. In den letzten Jahren hat sich in der Grundlagenforschung der Hochschulen der Trend zur Zusammenarbeit mit außeruniversitären Forschungsinstitutionen ergeben: So wurden für einige Fächer vernetzte Forschungszentren errichtet. Ein Musterbeispiel ist das Forschungszentrum für Physik der kondensierten Materie an der Nanjing-Universität, an dem die Beijing-Universität, die Fudan-Universität und das Physikalische Institut der Akademie der Wissenschaften beteiligt sind. Derzeit befinden sich sechs bis sieben solche vernetzten Forschungszentren im Aufbau.

## 2. Hochtechnologie-Forschung:

Im staatlichen Plan für die Hochtechnologie haben die Hochschulen 40 Prozent der Forschungsaufgaben übernommen. Seit mehr als zehn Jahren stellt die Hightech-Forschung ein

Hauptbetätigungsfeld der Hochschulen dar. Sie haben bereits eine Menge von Forschungsergebnissen industriell umgesetzt und leisten einen wichtigen Beitrag für die Volkswirtschaft. Sehr viele Hochschulen haben sich in der Hochtechnologie auf ein bestimmtes Gebiet spezialisiert. So hat z.B. die Beijing-Universität im elektronischen Publikationswesen und in der Biotechnik Hervorragendes geleistet, die Qinghua-Universität in der Nukleartechnik sowie auf den Gebieten computerintegrierte Fertigungssysteme und neue keramische Werkstoffe. Im Jahre 1993 übernahmen die Hochschulen 15 Prozent der Aufgaben des staatlichen Plans für wissenschaftlich-technische Hürden (d.h. besonders schwierige Hightech-Aufgaben). In der Hightech-Forschung nehmen die Hochschulen heute eine wichtige Funktion ein, wobei ihnen zugute kommt, daß sie über die erforderlichen Grundtheorien und die Möglichkeit zur umfassenden Nutzung vieler Fächer verfügen. Im achten Fünfjahrplan (1991-95) haben sich die Hochschulen in stärkerem Maße als zuvor an "Hürdenprojekten" beteiligt; allein von den von der Staatlichen Erziehungskommission verwalteten Projekten haben sie 861 Projekte mit einer Vertragssumme von 380 Millionen Yuan übernommen. Ferner haben sie sich in großem Umfang auch an Aktivitäten zur Lösung schwieriger wissenschaftlich-technischer Probleme auf lokaler Ebene oder in Betrieben beteiligt.

## 3. Umsetzung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse in die industrielle Produktion:

Die Hochschulen haben jährlich über 8.000 wissenschaftlich-technische Ergebnisse, die die Begutachtung passieren; bei der Hälfte von ihnen handelt es sich um solche mit fortgeschrittenem internationalen Standard oder um Pionierleistungen in China. In den letzten Jahren haben die Hochschulen neue Kanäle für die Umsetzung von Forschungsergebnissen geöffnet, und die Umsetzungsrate ist stark angestiegen. Nach unvollständigen Statistiken von 120 Hochschulen sind bereits über 190 Stützpunkte für die Umsetzung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse errichtet worden. Zusammen mit anderen Kanälen haben die Hochschulen über 85 Prozent der umsetzbaren wissenschaftlich-technischen Ergebnisse in unterschiedlichem Maße bereits

in der Gesellschaft verbreitet und damit sehr gute Erfolge in Wirtschaft und Gesellschaft erzielt.

Bei der praktischen Umsetzung von wissenschaftlich-technischen Ergebnissen kommt es mehr auf eine große Menge von Personal mit hoher wissenschaftlicher Qualifikation und eine dichte Konzentration von Wissen an als auf große Produktionsstätten. Hier befinden sich die Hochschulen gegenüber den meisten Betrieben im Vorteil, und deshalb haben sie eine Vielzahl von Ergebnissen selbst umgesetzt. Als Folge davon entstand innerhalb der Hochschulen eine Menge von Hightech-Betrieben. Insbesondere seit Mitte der achtziger Jahre traten hochschuleigene wissenschaftlich-technische Betriebe in großer Zahl auf; Ende 1993 belief sich ihre Zahl auf über 1.900. Ihr Produktionswert betrug 1993 mehr als 4 Milliarden Yuan.

Die an den Hochschulen herrschende Verbindung von Lehre und Forschung sowie die vom Hörsaal über das Labor bis zum Betrieb reichende Umgebung werden von dem Verfasser des Artikels als sehr positiv für die Ausbildung von Fachleuten und die Entwicklung von Wissenschaft und Technik bewertet.

Die hier beschriebene veränderte Forschungslandschaft, in der nicht mehr die wissenschaftlichen Akademien alle Forschung auf sich allein vereinigen, sondern die Hochschulen einbezogen sind, ist im Sinne einer Dezentralisierung und Pluralisierung der Forschung zu begrüßen. Zu bedenken geben muß allerdings, daß gut 85 Prozent des Forschungspersonals an den Hochschulen naturwissenschaftlich-technische Forschung betreiben und diese eindeutig im Vordergrund steht. Dies bedeutet, daß nur 15 Prozent für die übrigen Wissenschaftsbereiche (Gesellschaftswissenschaften im weitesten Sinne) zur Verfügung stehen. Wenn bei der Ausbildung von akademischem Nachwuchs und der Einstufung der Hochschulen nach ihrer Bedeutung nur Nützlichkeitsabwägungen für die wirtschaftliche Entwicklung eine Rolle spielen (auch Grundlagenforschung wird in China keineswegs zweckfrei betrieben), dann kann es nicht ausbleiben, daß sich die Defizite einer solchen Wissenschaftspolitik über kurz oder lang bemerkbar machen. Gerade bei den Fortschritten in Wirtschaft, Wissenschaft und Tech-

nik sollte die wissenschaftliche Erforschung der menschlichen und gesellschaftlichen Komponente nicht vernachlässigt werden. -st-

\*(13)

### High-Tech-Betriebe der Akademie der Wissenschaften

Chinas höchste Wissenschaftsorganisation, die Chinesische Akademie der Wissenschaften, hat in den vergangenen zehn Jahren mehr als 500 High-Tech-Betriebe gegründet. Diese Betriebe spielen eine große Rolle beim wissenschaftlich-technischen Fortschritt des Landes. Das erste dieser Unternehmen war die in Beijing ansässige High-Tech-Gruppe Kehai, die 1983 gegründet wurde. Sie hat seitdem, so verlautete von Seiten der Akademie, gut 30 Produkte entwickelt und Hunderte von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen an die Industrie weitergegeben. Die Gruppe habe sich in einen High-Tech-Konzern entwickelt, zu dem heute 5 Joint Ventures, 44 Niederlassungen, 2 Fabriken, ein Forschungsinstitut und ein Ausbildungszentrum gehören. Sie seien auf den verschiedensten Gebieten tätig, z.B. Transport, Energie, Elektronik, Telekommunikation, Maschinenbau, Petrochemie, Metallurgie, Kohle, Luft- und Raumfahrt, Gesundheits- und Bauwesen. Außerdem habe die Akademie 1986 Chinas ersten wissenschaftlichen Industriepark gegründet, und zwar in Shenzhen. Die Zahl der dort angesiedelten High-Tech-Unternehmen sei inzwischen auf 43 angewachsen. In den Jahren 1986-88 habe die Akademie zahlreiche Gesellschaften für Technologieentwicklung gegründet, die den Weltmarkt mit einer ganzen Reihe international konkurrenzfähiger High-Tech-Produkte belieferten. Hierzu zählten 21 einheimische Joint Ventures, 40 chinesisch-ausländische Joint Ventures in China und 16 Joint Ventures im Ausland. In diesen Unternehmen seien über 23.000 Menschen beschäftigt. (XNA, 23.11.94)

Die Unternehmensgründungen durch wissenschaftliche Institutionen verfolgen drei Ziele: Zum einen dienen sie als Auffangbecken für Wissenschaftler, die im Zuge der Personalreduzierung im Rahmen der Wissenschaftsreform ihre Stellung an den Akademieinstituten nicht mehr halten können, zum anderen sollen sie den Transfer von der

Forschung zur Industrie beschleunigen. Nicht zuletzt sollen sie Mittel zur Finanzierung praxisorientierter Forschung erwirtschaften, denn aus öffentlichen Mitteln wird nur noch Grundlagenforschung finanziert. -st-

\*(14)

### Kampf gegen Analphabetentum: Dreistufenplan

Um den Plan, bis zum Jahre 2000 das Analphabetentum in ganz China im wesentlichen abgeschafft zu haben, besser voranzutreiben, wurde kürzlich in Beijing eine dem Staatsrat unterstehende nationale Arbeitsgruppe zur Koordinierung der Ausrottung des Analphabetentums gegründet. Vorsitzender dieses Gremiums wurde Erziehungsminister Zhu Kaixuan. Die Arbeitsgruppe soll eine Führungs- und Kontrollfunktion übernehmen. Zugleich mit ihrer Gründung hielt die Arbeitsgruppe ihre erste Tagung ab. Auf der Tagung wurden die neuesten offiziellen Zahlen zum Analphabetentum genannt; außerdem wurde ein Dreistufenplan zur Bekämpfung des Analphabetentums vorgelegt. (Vgl. RMRB, 3.11.94)

In den vergangenen 45 Jahren, so heißt es, habe China 185 Millionen Menschen alphabetisiert. Im selben Zeitraum sei die Analphabetenrate von 80 Prozent auf heute etwa 12,5 Prozent gesunken. Gegenwärtig würden pro Jahr rund 5 Millionen alphabetisiert. Beijing, Tianjin, Shanghai, Jilin und Heilongjiang hätten das Analphabetentum praktisch bereits abgeschafft. Aber im nationalen Maßstab sinke die Analphabetenrate nur relativ langsam. Zur Zeit gebe es immer noch 150 Millionen Analphabeten im Alter über 15 Jahre, darunter 35 Millionen im jüngeren und mittleren Alter (zwischen 15 und 50), und von diesen wiederum seien 75 Prozent Frauen. Jedes Jahr kämen 1 Million neue Analphabeten hinzu. Die meisten lebten in den unterentwickelten und grenznahen Gebieten, und über 70 Prozent der Analphabeten seien Frauen. (Ebd. und XNA, 3.11.94)

Der hier genannte Anteil der Analphabeten von derzeit 12,5 Prozent scheint sehr niedrig angesetzt zu sein. Die Ziffer kann dadurch zustande gekommen sein, daß es sich hier um den Anteil aller Analphabeten an der Ge-

samtbevölkerung handelt. Rechnet man zu den Analphabeten nur die Bevölkerung von 15 Jahren an aufwärts, wie es normalerweise geschieht, dann beträgt der Prozentsatz offiziellen Angaben zufolge derzeit 15,5 Prozent (XNA, 15.11.94).

Der von der Staatlichen Erziehungskommission ausgearbeitete Dreistufenplan zur Ausrottung des Analphabetentums sieht folgendes vor: Bis 1996 soll die Analphabetenrate in elf relativ gut entwickelten Provinzen und provinzfremden Städten, wo das Erziehungswesen gut ausgebaut und die allgemeine Grundschulbildung lange eingeführt ist, auf unter 5 Prozent gesenkt werden. In der zweiten Stufe soll das gleiche Ziel bis zum Jahr 1998 in zwölf weiteren Provinzen und autonomen Gebieten, wo die Bildungseinrichtungen relativ angemessen sind und die Grundschulbildung erst in jüngster Zeit allgemein eingeführt wurde, erreicht sein. In der dritten Stufe soll die Analphabetenrate in sechs weiteren Provinzen und autonomen Gebieten, wo die allgemeine Schulpflicht noch nicht besteht, bis zum Jahr 2000 auf unter 15 Prozent gesenkt werden. Das Schlußlicht bildet Tibet, wo das Analphabetentum erst nach dem Jahr 2000 ausgemerzt sein wird. (XNA, 3.11.94)

Hauptzielgruppe bei den Alphabetisierungsmaßnahmen sind die 35 Millionen Menschen im Alter von 15-50 Jahren. In dieser Altersgruppe beträgt die Analphabetenrate 7 Prozent (ebd.). Will man diesen Menschen in den sechs Jahren bis 2000 Lesen und Schreiben beibringen, müssen gewaltige Anstrengungen unternommen werden, zumal wenn jährlich 1 Million neue Analphabeten hinzukommen. Zweifel müssen angemeldet werden, ob sich die Zahl der Analphabeten pro Jahr tatsächlich um 5 Millionen verringert, und wenn ja, ob diese Menschen auf Dauer die Schreib- und Lesefähigkeit aufrechterhalten können. Besonders will man sich auch um die Frauen kümmern. Der Chinesische Frauenverband gab auf der Tagung bekannt, daß er bis Ende 1995 fünf Millionen Frauen alphabetisieren wolle; außerdem wolle man ein Spendenprogramm einrichten, in dessen Rahmen in ganz China 1.000 Klassen eingerichtet werden sollen, in denen 50.000 Mädchen, die die Schule vorzeitig abgebrochen haben, wieder zum Unterricht zurückgeführt werden sollen (ebd.). -st-

\*(15)

**Offizielle Zahlen zum Bildungsstand**

Das Staatliche Statistikamt hat kürzlich neue Zahlen zum Bildungsstand der chinesischen Bevölkerung veröffentlicht (vgl. XNA, 15. u. 19.11.94). Danach betrug Ende 1993

- die Analphabetenrate unter der Bevölkerung ab dem Alter von 15 Jahren: 15,5% (1990: 16,1%);
- der Anteil unter den 15-29-jährigen, die nur Grundschulbildung hatten oder gar nicht lesen und schreiben konnten, im nationalen Durchschnitt 37,98%, auf dem Lande sogar 46,44%;
- der Anteil der Kinder zwischen 6 und 14 Jahren, die keine Schule besuchten, 11,88% (1990: 19,07);
- der Anteil der siebenjährigen Kinder, die nicht zur Schule gingen, 15,33%, auf dem Lande sogar 17,5% (9 Prozentpunkte weniger als 1990);
- der Anteil derjenigen an der Gesamtbevölkerung, die eine neunjährige Schulbildung (Grundschule + Sekundarstufe I) hatten, 25,8% (1990: 23,24%) (XNA, 15.11.94); an anderer Stelle (XNA, 19.11.94) wird dieser Anteil mit 36,02% beziffert (1990: 32,56%);
- der Anteil derjenigen, die eine zwölfjährige Schulbildung (Sekundarstufe II) hatten, 8,13% (1990: 7,9%);
- der Anteil derjenigen an der Gesamtbevölkerung, die eine Hochschulbildung (mindestens zwei Jahre Hochschule) aufwiesen, 2,05% (1990: 1,4%).

Abgesehen von erheblichen Unklarheiten (insbesondere die Angaben über Leute mit dem Abschluß der Sekundarstufe I) machen die Zahlen einige Punkte deutlich. Sie zeigen erstens, wie langsam sich die Analphabetenrate verringert, nämlich in drei Jahren um nur 0,6 Prozent. Auf dem Lande haben über 46 Prozent, also fast die Hälfte der Bevölkerung entweder gar keine oder eine unzureichende Schulbildung; selbst diejenigen mit Grundschulbildung dürften nur zwei bis drei Jahre die Schule besucht haben. Zu der Altersgruppe der 6-14-jährigen, für die Schulpflicht besteht, heißt es, daß fast 12 Prozent nicht zur Schule gehen. Noch Anfang 1992 betrug dieser Anteil 20 Prozent (vgl. C.a., 1992/2, Ü 18). Dies würde bedeuten, daß er innerhalb von zwei Jahren um 8 Prozent gesenkt werden konnte. Zurückzuführen ist

dieser relative Erfolg auf das im Herbst 1989 gegründete "Projekt Hoffnung", das Schulabbrechern in unterentwickelten Gebieten und Kindern aus bedürftigen Familien den Schulbesuch ermöglichen soll. In China soll es gegenwärtig zehn Millionen Kinder geben, die sich einen Schulbesuch nicht leisten können, und jährlich brechen eine Million Schulkinder die Schule aus finanziellen Gründen ab (XNA, 5.4.94). Seit Gründung des "Projekts Hoffnung" soll nach Angaben vom Frühjahr 1994 mehr als 540.000 Schulabbrechern der Schulbesuch wieder ermöglicht worden sein (ebd.). Ein großes Problem stellen auch Kinder der Wanderbevölkerung dar, die vielfach keine Schule besuchen, zumal dann nicht, wenn sich die Eltern illegal an einem Ort aufhalten.

Verwundern muß die Angabe, daß über 15, auf dem Lande über 17 Prozent der Siebenjährigen nicht zur Schule gehen. Dieser hohe Prozentsatz ist insbesondere deshalb nicht schlüssig, weil sich China einer Einschulungsquote von über 97 Prozent rühmt (laut Statistischem Jahrbuch 1991: 97,8%, 1992: 97,2%). Diese hohe Einschulungsquote muß also stark in Zweifel gezogen werden. Eine weitere Erklärung wäre, daß offensichtlich ein relativ großer Teil der Landkinder die Schule bereits im ersten Schuljahr abbricht - entgegen der bisherigen Erfahrung, daß viele Kinder die Schule erst verlassen, wenn sie zu Hause als Arbeitskraft eingesetzt werden können, also nach etwa drei Jahren.

Erstaunen muß auch der relativ geringe Zuwachs (ca. 0,23%) unter denen, die eine zwölfjährige Schulbildung abgeschlossen haben. Relativ am stärksten hingegen ist der Anteil derjenigen mit Hochschulbildung gestiegen. Ihr Anteil erhöhte sich zwischen 1990 und 1993 von 1,4 auf etwas über 2 Prozent, was einem Zuwachs von 46,72 Prozent entspricht (vgl. XNA, 15.11.94). -st-

\*(16)

**Überleitung von 150.000 nichtstaatlichen Lehrern in den öffentlichen Sektor**

Als Sondermaßnahme haben das Personalministerium und die Staatliche Erziehungskommission die untere Ebene in einem Zirkular angewiesen, 150.000 *minban*-Lehrer, d.h. nicht aus

öffentlichen Mitteln finanzierte Lehrer, zur Überleitung in den Status öffentlich finanziierter Lehrer auszuwählen. Mit dieser Maßnahme soll ein Beitrag zur Lösung des Problems der *minban*-Lehrer geleistet werden, die auf der unteren Ebene, d.h. den Gemeinden, angestellt sind und aus den Abgaben der Bauern an die Gemeinden finanziert werden. Sie sind gegenüber den staatlichen Lehrern in jeder Hinsicht schlechter gestellt und sollen daher abgeschafft werden. In dem Zirkular wird die derzeitige Situation der *minban*-Lehrer kurz dargelegt. Gegenwärtig gebe es in China 2,3 Millionen von ihnen. Sie stellten eine wichtige Kraft im allgemeinen Bildungswesen dar. Aber wegen ihrer ungleichen Entlohnung und da die Überleitung in den öffentlichen Sektor noch nicht gut vonstatten gehe, seien diese Lehrer wenig motiviert. Seit einigen Jahren seien gemäß eines Beschlusses des ZK und des Staatsrates keine neuen *minban*-Lehrer hinzugekommen. Überdies bemühe man sich, diese Lehrer innerhalb der nächsten 6-7 Jahre abzuschaffen, und zwar durch verschiedene Methoden wie z.B. Überleitung in den öffentlichen Sektor nach entsprechendem Qualifikationsnachweis, Weiterbildung an Lehrerbildungsanstalten, Entlassung, wenn jemand der Aufgabe nicht gewachsen ist, oder Versetzung in den Ruhestand.

Die Überleitung in den öffentlichen Sektor hat dem Zirkular zufolge innerhalb des diesjährigen Personalplans für öffentliche Institutionen zu erfolgen, d.h. die örtlichen Regierungen können einen Teil der ihnen für dieses Jahr vom Staat zugewiesenen Planstellen *minban*-Lehrern übertragen und diese somit in den Status öffentlich finanziierter Lehrer erheben. Ausdrücklich wird gesagt, daß dabei die staatlichen Vorschriften genau einzuhalten sind (d.h. es muß die entsprechende Qualifikation vorhanden sein), daß es verboten ist, von den beförderten Lehrern illegal Gebühren zu erheben, daß alle Unregelmäßigkeiten zu unterbinden und die Interessen der *minban*-Lehrer zu wahren seien.

In den siebziger und achtziger Jahren, so heißt es abschließend in der Meldung, habe der Staat insgesamt gut 200.000 staatliche Planstellen für *minban*-Lehrer geschaffen. Seit Beginn der neunziger Jahre habe der Staat die Aktion beschleunigt. Bei der jetzigen

Maßnahme handle es sich bereits um das dritte Mal, daß eine bestimmte Anzahl von nichtstaatlichen Lehrern dem öffentlichen Sektor zugeführt würde, und diesmal sei die Zahl auch größer als die beiden ersten Male. (GMRB, 12.11.94; RMRB, 14.11.94) Zu Beginn der neunziger Jahre gab es in China noch 3 Millionen *minban*-Lehrer (RMRB, 12.2.91, vgl. C.a., 1991/2, Ü 19). Für die Einführung der allgemeinen Schulpflicht, die gerade in den unterentwickelten ländlichen Gebieten aufgrund der unzureichend qualifizierten und wenig engagierten Dorflehrer schlecht vorankommt, ist deren Besserstellung von größter Wichtigkeit. -st-

\*(17)  
**"Information Highway" für Chinas Hochschulen**

China will bis zum Jahr 2000 die meisten seiner gut eintausend Universitäten und Hochschulen über Computer vernetzen. Das Projekt trägt den Namen "China Education and Research Network" (CERNET) und wird großenteils von der Regierung finanziert. Federführend ist die Staatliche Erziehungskommission, daneben wird CERNET auch von der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technologie unterstützt. Das Computernetz soll alle Hochschulen miteinander verbinden, und zwar sind e-mail, elektronische Nachrichten sowie elektronischer Bibliotheks- und Dokumentationsdienst für Dozenten und Studenten vorgesehen. Als Zentrale für CERNET fungiert die Qinghua-Universität in Beijing. Sie ist bereits mit sechs großen Universitäten in Beijing, Shanghai, Nanjing, Xi'an und Guangzhou verbunden, desgleichen mit dem internationalen Computernetz für Informationsaustausch, dem Internet. In der ersten Ausbaustufe, die bis 1996 vollendet sein soll, wird CERNET die Zentrale, acht regionale Zentren und gut 100 Stationen an verschiedenen Hochschulen umfassen. Die lokalen Hochschulen werden in einer zweiten Phase über regionale Stationen angeschlossen und können dann mit Partnern im In- und Ausland Informationen austauschen. Der Information Highway erlaubt chinesischen Hochschulen den freien Informationsaustausch und wird China außerdem in die Lage versetzen, sich an dem weltweiten Informationsaustausch zu beteiligen. (XNA, 30.10.94, nach SWB, 9.11.94; XNA, 1.12.94)

Der in jüngster Zeit zu beobachtende verstärkte Ausbau des Informationssektors mit modernster Technik (vgl. dazu C.a., 1994/5, Ü 15) zeigt, daß China den Anschluß an den technologischen Weltstandard nicht verpassen will und den Weg in die Informationsgesellschaft mitgehen will. Weltweite Kommunikation setzt jedoch die freie Nutzung aller Möglichkeiten für jedermann voraus. Diese Voraussetzung allerdings ist in China nicht gegeben. Man muß davon ausgehen, daß die Informationssysteme nicht jedermann zugänglich sind. Bedenkt man den in China sehr breit gefaßten Geheimnisbegriff, so erscheint es unwahrscheinlich, daß chinesische Daten vom Ausland aus ohne weiteres abrufbar wären. Ebenso wenig ist vorstellbar, daß angesichts der eingeschränkten Presse- und Informationsfreiheit für die Bürger Chinas die weltweite Kommunikation und Information möglich gemacht würden. Diese werden mit Sicherheit hauptsächlich nur insoweit ermöglicht, als sie der Wirtschaft dienen. Unter diesem Aspekt wird auch die Vernetzung der Universitäten vorgenommen. Der Anschluß einiger großer Universitäten ans Internet dürfte hauptsächlich erfolgen, um Zugang zu wissenschaftlich-technischen Daten zu erlangen. Skepsis bezüglich eines ungehinderten Datenaustausches zwischen China und der übrigen Welt ist vor allem deshalb geboten, weil die Sorge vor der weltweiten Informationsgesellschaft in China durchaus präsent ist. In einem längeren Beitrag der *Guangming-Zeitung* wurden kürzlich die Segnungen der neuen Informationssysteme und deren Einfluß auf die Gesellschaft dargestellt. Dabei wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, daß man die schrankenlose Informationsgesellschaft nicht anstrebt, sondern an den chinesischen Wertmaßstäben, "dem Wahren, Guten, Schönen, dem Kollektivismus und Patriotismus", festhalten wolle, kurzum, daß der Aufbau der Informationsgesellschaft nicht in Widerspruch stehen solle zum Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung (GMRB, 2.11.94). -st-

\*(18)  
**Xinjiang: Radio und Fernsehen in Minderheitensprachen**

In der Autonomen Region Xinjiang, wo über 62 Prozent der Bevölkerung keine Han-Chinesen sind, sondern verschiedenen Nationalitäten angehören,

sind in den vergangenen Jahren die Möglichkeiten, Hörfunk und Fernsehen in Minderheitensprachen zu empfangen, stark erweitert worden. Neben Hochchinesisch senden die örtlichen Rundfunk- und Fernsehstationen jetzt in vier weiteren Sprachen: Uigurisch, Kasachisch, Kirgisisch und Mongolisch (XNA, 1.11.94). Damit, so heißt es, habe die Regierung der Autonomen Region im wesentlichen das Ziel erreicht, daß alle Nationalitäten mit einer Bevölkerung von über 100.000 Zugang zu Programmen in ihren eigenen Sprachen haben (Xinhua Inlanddienst, chin., Beijing, 4.11.94, nach SWB, 24.11.94). In der Praxis allerdings sind solche Programme nur gut siebzig Prozent der Bevölkerung zugänglich. Mit einer Ausnahme senden alle Rundfunk- und Fernsehstationen heute Programme in mindestens zwei Minderheitensprachen. (Ebd.) Statistischen Angaben zufolge haben die Zentral- und Regionalregierung im Zeitraum zwischen 1982 und 1993 55,6 Millionen Yuan investiert, damit insbesondere die Nationalitätenbevölkerung, die in grenznahen Gebieten lebt, Rundfunk und Fernsehen empfangen kann. Während 1982 nur 34 Prozent der Minderheitenbevölkerung im grenznahen Gebiet Hörfunk empfangen konnten, waren es 1993 bereits 80 Prozent; für Fernsehempfang lauten die Anteile 54 Prozent (1985) und 70 Prozent (1993). (Ebd.) Der Grund dafür, daß die Zentralregierung den Ausbau von Funk und Fernsehen für die Minderheiten finanziell und materiell unterstützt, ist darin zu suchen, daß sie den Autonomiebestrebungen der Nationalitäten in kultureller Hinsicht entgegenkommt, um in politischer Hinsicht um so entschlossener gegensteuern zu können, nicht zuletzt durch Propaganda in den Medien. Gerade in den grenznahen Gebieten will die Regierung vermeiden, daß sich die Bevölkerung stärker zu den Volksgenossen jenseits der Grenze orientiert.

Der Volksrundfunk Xinjiang, die zentrale Radiostation in Xinjiang, überträgt angeblich 70 Prozent seiner Programme in Minderheitensprachen (XNA, 1.11.94). Bei der Fernsehstation Xinjing ist das Verhältnis weniger günstig: Dort wird fast die Hälfte (49 Prozent) der Programme in Chinesisch ausgestrahlt und je 25 Prozent in Uigurisch und Kasachisch (vgl. SWB, 29.10.94). -st-

**\*(19)  
Annäherung zwischen Beijing und dem Vatikan**

Es gibt Anzeichen dafür, daß der jahrzehntelange Streit zwischen der VR China und der Katholischen Kirche beendet werden könnte. Diese Ansicht vertraten jüngst Vertreter der Katholischen Kirche Hongkong, nachdem ihr Bischof Wu Cheng-chung mit einer Delegation nach Beijing gereist war. Für eine Versöhnung stellt China allerdings seine Bedingungen, die ein Sprecher des Außenministeriums in Beijing folgendermaßen umriß:

- Der Vatikan muß seine Beziehungen zu Taiwan abbrechen.
- Er muß die VR China als einzige rechtmäßige Regierung Chinas anerkennen.
- Er muß anerkennen, daß Taiwan ein Teil des chinesischen Territoriums ist.
- Er darf sich nicht in Chinas innere Angelegenheiten, einschließlich der religiösen Angelegenheiten, einmischen.

Alle anderen Probleme, so der Sprecher, könnten gelöst werden. Wenn der Vatikan diese paar Dinge nicht machen könne, dann allerdings gäbe es keine Grundlage für Gespräche und Diskussionen. (*Da Gong Bao*, Hongkong, 11.11.94, nach SWB, 14.11.94; vgl. auch Television Broadcasts Ltd., Hongkong, 10.11.94, nach SWB, 14.11.94)

Der entscheidende Punkt, der bisher die Normalisierung der Beziehungen zwischen China und dem Vatikan verhinderte, ist die Tatsache, daß Partei und Regierung dem Papst das Recht verweigern, in China Bischöfe zu ernennen. Dies wird als Einmischung in die inneren Angelegenheiten betrachtet. In den fünfziger Jahren wurde unter staatlichem Zwang die sog. Patriotiche Vereinigung gegründet, die sich von Rom losgesagt hat und ihre Bischöfe selbst ernannt. Obwohl China an dieser Praxis weiter festhält, ist es in den vergangenen Jahren zu verschiedenen Kontakten und Sondierungen zwischen dem Vatikan und offiziellen Kreisen in China gekommen (vgl. dazu *China heute*, Nr.70 (1993), S. 163, und Nr.71 (1994), S. 4). Die Kontakte werden vor allem deshalb möglich, weil in Vatikanreisen ein Umdenkungsprozeß eingesetzt hat, in dem die Chinesische Patriotiche Vereinigung nicht mehr absolut als Gegnerin Roms

wahrgenommen wird. Die romtreue Katholische Untergrundkirche in China steht einer Normalisierung der Beziehungen skeptisch bis ablehnend gegenüber (vgl. *China heute*, Nr. 71 (1994), S.9-10). -st-

---

## Außenwirtschaft

---

**\*(20)  
Verliert China in der GATT/WTO-Frage die Geduld?**

Seit einigen Jahren schon bemüht sich die VRCh um einen Beitritt zur Welthandelsorganisation GATT, die vom 1.Januar 1995 an durch die WTO (World Trade Organization) ersetzt wird.

Die Mitgliedschaft im GATT/WTO setzt voraus, daß der Außenhandel eines Landes im wesentlichen liberalisiert ist - und hat zur Folge, daß jedes Mitglied automatisch die Meistbegünstigungsklausel eingeräumt erhält.

Seit langem beklagt sich die chinesische Seite darüber, daß vor allem die USA dem "Wiedereintritt" der VRCh Steine in den Weg legt. China sei ein Gründungsmitglied des GATT, das nach Ausrufung der Volksrepublik i.J. 1949 zwar aus der Weltorganisation ausgeschieden sei, inzwischen aber alle wesentlichen Bedingungen für einen Wiedereintritt erfülle. Es habe in der Zwischenzeit auf die Umsetzung der meisten Bedingungen hingearbeitet; Haupthindernis sei jetzt eigentlich nur noch der Widerstand der USA. (So Li Peng nach AWSJ, 22.11.94)

Im Gegensatz zu den USA wünscht die EU einen baldmöglichen Beitritt der VRCh. Die USA drängen darauf, daß bei einem Beitritt die Clubbedingungen bezüglich Marktöffnung und -liberalisierung, Zollsenkungen, Zulassung ausländischer Handelsunternehmen in China sowie Schutz des geistigen Eigentums und Copyrights vertraglich geklärt sind.

Im Gegensatz dazu ist die EU bereit, den Chinesen vorübergehend einige Handels- und Importbeschränkungen durchgehen zu lassen. Allerdings müsse der Eintrittspreis für die VRCh

noch etwas erhöht werden. So soll China nach den Vorstellungen von Sir Leon Brittan (dazu *Handelsblatt*, 8.11.94) veranlaßt werden, (1) seine Zölle weiter zu reduzieren, (2) das Monopol chinesischer Außenhandelsorganisationen weiter aufzubauen, (3) die erst kürzlich verkündeten Erlasse über Beschränkungen in der Automobilindustrie zu revidieren und (4) ausländischen Unternehmen Zugang zu Aufträgen der öffentlichen Hand durch Standardisierung der Angebote zu verschaffen.

Die Amerikaner haben demgegenüber etwas strengere Vorstellungen. Zwar haben die Chinesen inzwischen einige Zugeständnisse gemacht, z.B. (1) Einzelheiten über alle chinesischen Importquoten zu publizieren, wobei auch die "sensitiven Produkte" näher definiert werden, (2) die Rechte der ausländischen Banken auf Beijing, zehn Provinzstädte und auf 13 Küstenstädte auszudehnen sowie (3) den ausländischen Banken zu erlauben, Geschäfte auch in lokaler chinesischer Währung durchzuführen. (FT, 14.11.94)

Damit sind die USA freilich noch nicht zufrieden: Amerikanische Geschäftsleute beklagen sich immer wieder über Diskriminierungen im Handel, die u.a. auch zu riesigen Handelsbilanzüberschüssen der Chinesen führten. So verzeichneten die USA beispielsweise bereits in den ersten sieben Monaten des Jahres 1994 ein Minus im Chinahandel von 14 Mrd.USD. Die EU-Länder hatten 1993 ein Minus von 8,2 Mrd. Ecu verbucht.

Am 28.November betonte der chinesische Verhandlungsleiter Long Yongtu bei einem Treffen mit dem GATT-Generaldirektor Peter Sutherland, daß China angesichts der ständigen Bremsmanöver der USA langsam die Geduld verliere. Die VRCh könne notfalls auch ohne GATT zurechtkommen. China setze hiermit einen Termin zum Jahresende 1994 für den Abschluß der "wesentlichen Verhandlungen". Nach Ablauf des Termins wolle Beijing keine neuen wesentlichen Angebote mehr unterbreiten.

Fast zur gleichen Zeit betonte jedoch Jiang Zemin bei der APEC-Konferenz in Jakarta, daß China nach wie vor höchst interessiert am Beitritt zum GATT sei und daß von einem solchen